

MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausgabe A

31. Jahrgang	Ausgegeben zu Düsseldorf am 28. Dezember 1978	Nummer 136
---------------------	--	-------------------

Inhalt

I.

**Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes
für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.**

Glied- Nr.	Datum	Titel	Seite
74	25. 8. 1978	RdErl. d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr Richtlinien für das Mittelstandskreditprogramm des Landes Nordrhein-Westfalen	1988

74

I.

Richtlinien für das Mittelstandskreditprogramm des Landes Nordrhein-Westfalen

RdErl. d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr v. 25. 8. 1978 – I/B – 63 – 15 – 81/78

Der RdErl. v. 10. 9. 1976 (MBL NW. S. 2202/SMBL NW. 74) wird im Einvernehmen mit dem Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten mit sofortiger Wirkung wie folgt geändert und ergänzt:

1. Hinter Nr. 1.124 ist einzufügen:
 - 1.125 Verlagerung von kleinen und mittleren gewerblichen Unternehmen innerhalb Nordrhein-Westfalens zur Beseitigung von Entwicklungshemmnissen und/oder zur Verbesserung der Umweltbedingungen
– siehe Nr. 6,
Die bisherige Nr. 1.125 wird Nr. 1.126.
In der neuen Nr. 1.126 muß es hinter dem Gedankenstrich heißen:
– siehe Nr. 7.
2. Nr. 1.28 erhält folgende Fassung:
 - 1.28 Förderungsanträge können keine Berücksichtigung finden, wenn vor ihrem Eingang bei der Hausbank im Rahmen des Investitionsplanes
3. Bei Nr. 1.2.12 ist als Absatz 2 anzufügen:
Dies gilt nicht für Finanzierungshilfen nach den Richtlinien des Immissionsschutzförderungsprogrammes.
4. Nr. 1.32 erhält folgende Fassung:
 - 1.32 Der Antragsteller kann für sein Vorhaben alternativ einen Antrag nach einer der Nrn. 1.121 bis 1.126 stellen.
5. Die Nrn. 2.1, 2.4, 2.513 und 2.6 erhalten folgende Fassung:
 - 2.1 Für die Gründung selbständiger Existenzen im Bereich des Mittelstandes (kleine und mittlere gewerbliche Unternehmen und freiberufliche Praxen) können zinsgünstige Kredite gewährt werden.
Der Antragsteller muß eine entsprechende Vorbildung haben.
 - 2.4 Zur Festigung einer Existenzgründung können zusätzliche Investitionen gefördert werden, wenn die Existenzgründung nicht länger als drei Jahre zurückliegt und der Betrieb oder die Praxis noch Schwächen aufweist.
 - 2.513 Beschaffung betriebs- oder berufsnotwendiger Einrichtungen und Ausstattungen sowie eines ersten Waren- oder Materiallagers,
 - 2.6 Der zinsgünstige Kredit kann im Höchstfall ein Drittel der auf das förderungsfähige Vorhaben entfallenden Investitionskosten betragen; er soll in den Fällen der Nrn. 2.1 und 2.4 jeweils DM 150 000,- nicht übersteigen.
6. Nr. 4.7 Satz 2 erhält folgende Fassung:
Er soll im Einzelfall DM 300 000,- nicht übersteigen.
7. Nr. 5.4 erhält folgende Fassung:
Dem Förderungsantrag ist eine Stellungnahme der Gemeinde beizufügen, aus der sich ergeben:
8. Hinter Nr. 5.6 ist einzufügen:
 - 6 Förderung der Verlagerung von kleinen und mittleren gewerblichen Unternehmen innerhalb Nordrhein-Westfalens zur Beseitigung von Entwicklungshemmnissen und/oder zur Verbesserung der Umweltbedingungen
 - 6.1 Kleine und mittlere gewerbliche Unternehmen können zinsgünstige Kredite erhalten, wenn sie Betriebe verlagern zur

6.11 Beseitigung von Entwicklungshemmnissen und/oder	
6.12 Verbesserung der Umweltbedingungen.	
6.2 Durch die Verlagerung soll die Sicherung von Arbeitsplätzen und ggfs. die Schaffung neuer Arbeitsplätze erreicht werden.	
6.3 Vorrangig gefördert werden innergemeindliche Betriebsverlagerungen.	
6.4 Von der Förderung sind ausgeschlossen Betriebsverlagerungen aus wirtschafts- und strukturschwachen Gebieten (Anlage 1) in andere Landesgebiete.	
6.5 Förderungsfähig sind	
6.51 Kosten der Verlagerung für	
6.511 Grunderwerb einschl. Nebenkosten,	
6.512 bauliche Investitionen,	
6.513 Erwerb von Betriebsgebäuden ggfs. einschließlich betriebsnotwendiger Freiflächen,	
6.514 Anschaffung bzw. Herstellung von betriebsnotwendigen Anlagegütern,	
6.515 Mietvorauszahlungen für einen angemessenen Zeitraum,	
6.516 Umzug (Demontage, Transport und Remontage).	
6.52 Kosten der Betriebserweiterung im Rahmen von Nr. 6.51, wenn	
6.521 die Erweiterung im Rahmen der Bedingungen des neuen Standorts unvermeidlich oder von geringem Umfang ist oder	
6.522 die Verlagerung in wirtschafts- und strukturschwache Gebiete (Anlage 1) erfolgt.	
6.6 Zur Ermittlung des förderungsfähigen Finanzbedarfs sind von den förderungsfähigen Kosten (Nr. 6.5) abzuziehen:	
6.61 voraussichtlich erzielbare Nettoerlöse aus der Veräußerung des bisherigen Betriebsgrundstücks,	
6.62 voraussichtlich erzielbare Nettoerlöse aus der Veräußerung des bisherigen Betriebs,	
6.63 voraussichtliche Entschädigungen für die Verlagerung nach Bundesbaugesetz, Städtebauförderungsgesetz oder nach anderen öffentlich-rechtlichen Vorschriften,	
6.64 voraussichtliche Investitionskosten, die Gegenstand einer Förderung nach dem Immissionsschutzförderungsprogramm sind.	
6.7 Zum Förderungsantrag hat die Gemeinde eine Stellungnahme abzugeben, in der darzustellen und zu erläutern sind	
6.71 die bestehenden Entwicklungshemmnisse (Nr. 6.11) und/oder	
6.72 die Verbesserung der Umweltbedingungen durch die Betriebsverlagerung (Nr. 6.12) und	
6.73 soweit absehbar, die städtebaulichen Absichten am bisherigen Betriebsstandort sowie der zur Realisierung vorgesehene Zeitplan und	
6.74 die ggfs. zu leistenden Entschädigungen nach Nr. 6.63.	
6.8 Der zinsgünstige Kredit kann im Höchstfall betragen, und zwar	DM 900 000,-
6.81 bis zu 50% des förderungsfähigen Finanzbedarfs bis	DM 600 000,-
6.82 bis zu 40% des darüber hinausgehenden förderungsfähigen Finanzbedarfs bis	DM 1 500 000,-
	und

- 6.83 bis zu 30%
des darüber hinausgehenden förderungsfähigen Finanzbedarfs.
- 6.9 Der Antragsteller soll Eigenmittel einschließlich etwaiger Eigenleistungen in Höhe von mindestens 20% der förderungsfähigen Kosten (Nr. 6.5) aufbringen.
9. Die bisherige Nr. 6 wird Nr. 7.
10. Die bisherige Nr. 7 wird Nr. 8 und erhält folgende Fassung:
- 8 Schlußbestimmungen**
Diese Richtlinien treten mit Wirkung vom 10. 9. 1978 an die Stelle der gemeinsamen Richtlinien des Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr und des Finanzministers für die Gewährung von Investitionshilfen an Unternehmen des gewerblichen Mittelstandes und an freiberuflich Tätige (Mittelstandskreditprogramm) v. 1. 8. 1972.
Sie finden auch auf unerledigte Anträge Anwendung, die aufgrund der bisher geltenden Richtlinien eingegangen waren.
11. Die Nrn. 2.1, 2.2, 2.32 und 2.42 der Anlage 3 (Allgemeine Bestimmungen) erhalten folgende Fassung:
- 2.1 Anträge auf Gewährung zinsgünstiger Kredite sind an das Kreditinstitut nach Wahl des Antragstellers (Hausbank) zu richten.
Diese leitet bei Anträgen gemäß Nrn. 2, 5 und 7 der Richtlinien eine Ausfertigung, bei Anträgen gemäß Nrn. 3, 4 und 6 der Richtlinien zwei Ausfertigungen mit ihrem Eingangsstempel versehen unverzüglich – ggfs. über das Zentralinstitut – mit ihrem Refinanzierungsantrag weiter an die Westdeutsche Landesbank Girozentrale (im folgenden: Landesbank) Abt. 64 –
– in Düsseldorf für Vorhaben in den Regierungsbezirken Düsseldorf und Köln,
– in Münster für Vorhaben in den Regierungsbezirken Arnsberg, Detmold und Münster.
- 2.2 Anträge sind nach den beiliegenden Antragsmustern (Anlagen 4 bis 9) einzureichen.
- 2.32 die betrieblichen Verhältnisse (z. B. Gegenstand des Unternehmens, Umsätze und Betriebsergebnisse der letzten zwei Jahre, Auftragsbestand, Belegschaft),
- 2.42 die bei Kreditanträgen an Kreditinstitute üblichen Unterlagen (z. B. Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnungen der letzten zwei Jahre, erforderlichenfalls nähere Angaben über die Gewinne, Abschreibungen, Entnahmen).
12. Nr. 2.54 der Anlage 3 (Allgemeine Bestimmungen) erhält folgende Fassung:
des Kreises bzw. der kreisfreien Stadt bei Anträgen gemäß Nr. 4 der Richtlinien,
13. Hinter Nr. 2.54 der Anlage 3 (Allgemeine Bestimmungen) ist einzufügen:
2.55 der Gemeinde gemäß Nr. 6 der Richtlinien.
14. Nr. 2.6 der Anlage 3 (Allgemeine Bestimmungen) erhält folgende Fassung:
Die Hausbank übersendet eine Durchschrift des Antrages an die nach Nrn. 2.51 bis 2.55 in Frage kommende Stelle, damit diese in der Lage ist, ihre Stellungnahme der Landesbank gegenüber abzugeben.
15. Nr. 5.10.2 Abs. 2 der Anlage 3 (Allgemeine Bestimmungen) erhält folgende Fassung:
Spätestens neun Monate nach voller Auszahlung bzw. erster Teilzahlung des zinsgünstigen Kredites ist ein Zwischennachweis zu erbringen, sofern bis dahin der endgültige Verwendungsnachweis noch nicht vorliegt.
16. Die Anlagen 4 bis 7 (Antragsvordrucke) erhalten nachstehende neue Fassung. **Anlagen 4 bis 7**
17. Es werden nachstehende Anlagen 8 und 9 (Antragsvordrucke) neu eingeführt. **Anlagen 8 und 9**

Antragsvordruck
für Kredite gemäß Nr. 2 der Richtlinien (Existenzgründungen)

An
(Hausbank)

1 Antragsteller

1.1 Angaben zur Person

1.11 Name des Antragstellers mit vollständiger Anschrift:

Fernruf (mit Vorwahl-Nr.):

1.12 Familienstand:

1.13 Geburtsdatum:

1.14 Geburtsort:

1.15 Nationalität:

1.2 Beruflicher Werdegang

1.21 Beschäftigtenzeiten (lückenlos) und ggf. abgelegte Fachprüfungen
(z. B. Lehrabschlußprüfung, Meisterprüfung, Staatsexamen, Approbation, Facharztanerkennung) sowie Datum der
Aufgabe der zuletzt ausgeübten unselbständigen Tätigkeit:

1.22 Handelt es sich bei dem Vorhaben um die erste selbständige Existenz?
ja/nein

1.23 Falls nein, Angaben über Art, Ort und zeitliche Dauer der früheren selbständigen Existenz:

1.3 Rechtliche Verhältnisse
(nur auszufüllen bei Gründung oder Beteiligung an einer Gesellschaft)

1.31 Rechtsform:

1.32 Gesellschafter

Name, Vorname
Wohnsitz

Alter

Rechtsstellung
in der Firma

Höhe der Beteiligung

1.33 Geschäftsleitung

Name

Alter

Rechtsstellung
in der Firma

Tätigkeitsbereich

1.4 Wirtschaftszweig/Gegenstand des Unternehmens bzw. der freiberuflichen Praxis:

1.5 Zuständige Industrie- und Handelskammer / Handwerkskammer / Fachkammer (bei freiberuflich Tätigen) in:

2 Antrag

2.1 Es wird ein zinsgünstiger Kredit nach Nr. 2 der vorgenannten Richtlinien beantragt in Höhe von DM

2.2 Wenn mehrere Gesellschafter an der Existenzgründung beteiligt sind, Angabe der Gesellschafter, die auch einen zinsgünstigen Kredit aus dem Mittelstandskreditprogramm beantragt haben:

3 Vorhaben

3.1 Standort des Vorhabens

Gemeinde:

Kreis:

Regierungsbezirk:

3.2 Es handelt sich um
– Zutreffendes bitte ankreuzen –

3.21 die Errichtung eines kleinen oder mittleren gewerblichen Unternehmens
einer freiberuflichen Praxis (Nr. 2.51 der Richtlinien)

☐☐

3.22 den Erwerb eines kleinen oder mittleren gewerblichen Unternehmens
einer freiberuflichen Praxis (Nr. 2.52 der Richtlinien)

☐☐

3.23 den Eintritt in ein kleines oder mittleres gewerbliches Unternehmen
in eine freiberufliche Praxis (Nr. 2.53 der Richtlinien)

☐☐

3.24 die Festigung der selbständigen Existenz (Nr. 2.4 der Richtlinien)

☐

3.3 Erläuterungen zum Vorhaben

3.31 Ausführungen zu dem Förderungszweck

(Nrn. 2.51 bis 2.53 und 2.4 der Richtlinien; bei Nr. 2.4 eingehende Darstellung der Notwendigkeit und Art der Festigung)

3.32 Erfolgsaussichten (möglichst unter Beifügung einer Rentabilitätsvorschau):

3.33 Sind die gewerberechtlichen Voraussetzungen

(z. B. Meisterprüfung, Einzelhandelserlaubnis, Betriebserlaubnis, bei Ausländern Aufenthaltsgenehmigung, die eine selbständige Tätigkeit zuläßt) gegeben?

3.34 Erfolgt die Existenzgründung in eigenen oder gemieteten Räumen?

Sofern in gemieteten Räumen:

Mietpreis:

Mietvorauszahlung: DM

für

Jahre

- 3.35 im Falle der Nr. 3.21,
wenn es sich um die Gründung einer Gesellschaft handelt:
- 3.351 Welcher Art ist die vorgesehene führende Tätigkeit des Antragstellers in dem Unternehmen / der freiberuflichen Praxis?
- 3.352 Wie soll die Gewinn- und Verlustbeteiligung geregelt werden?
- 3.36 im Falle der Nr. 3.22:
- 3.361 Höhe des in Aussicht genommenen Übernahmepreises: DM
- 3.362 Kosten weiterer Investitionen: DM
- 3.363 Aus welchen Gründen werden die weiteren Investitionen für zweckmäßig gehalten?
- 3.37 im Falle der Nr. 3.23:
- 3.371 Höhe der in Aussicht genommenen Kapitaleinlage: DM
- 3.372 Höhe des vorgesehenen Erwerbs einer Beteiligung: DM
- 3.373 Welcher Art ist die vorgesehene führende Tätigkeit des Antragstellers in dem Unternehmen / der freiberuflichen Praxis?
- 3.374 Wie soll die Gewinn- und Verlustbeteiligung geregelt werden?
- 3.38 im Falle der Nr. 3.24
Datum der Existenzgründung:
- 3.4 Kosten und Finanzierung
(Bei Gründung einer Gesellschaft sind Kosten und Finanzierung des gesamten Vorhabens und zusätzlich der Eigenmittelanteil des Antragstellers anzugeben.)
- 3.41 Kosten- und Finanzierungsplan

	TDM		TDM
(ohne Vorsteuerbeträge gem. § 15 des Umsatz- steuergesetzes, soweit sie von der Umsatz- steuer abgesetzt wer- den können)		Eigenmittel (davon ggf. Anteil des Antragstellers TDM)	
		zinsgünstiger Kredit	
Grundstücke*)		Kredit	
Gebäude*)		– (langfristig)	
Mietvorauszahlung für Jahre		– (mittelfristig)	
Einrichtungen		– (kurzfristig)	
Maschinen u. a.			
erstes Warenlager			
Übernahmepreis			
Kapitaleinlage**)		Sonstige Mittel (Lieferantenkredit etc.)	
Summe			

*) davon entfallen auf nicht betriebliche Zwecke

Grundstücke DM

Gebäude DM

(Bitte Berechnung über die Aufteilung zwischen Gewerbe- und Wohnteil beifügen. Falls die Aufteilung nicht nach qm umbauten Raumes bzw. qm Nutzfläche für Gewerbe- und Wohnteil erfolgt, ist dies entsprechend zu begründen.)

**) Bei Eintritt in ein bestehendes Unternehmen bzw. eine bestehende freiberufliche Praxis ist auf der Kostenseite nur die Höhe der Kapitaleinlage anzugeben.

- 3.42 Ergibt sich bei der Durchführung des Vorhabens ein wesentlicher Betriebsmittelbedarf? (ggf. in welcher Höhe, wie aufzubringen)

3.5 Zeitliche Verwirklichung des Vorhabens

3.51 Mit dem Bau wurde noch nicht/am begonnen.

3.52 Aufträge auf Lieferung beweglicher Wirtschaftsgüter wurden noch nicht/am erteilt.

3.521 Lieferwert erteilter Aufträge: DM

3.53 Der Vertrag über den Erwerb des gewerblich/freiberuflich zu nutzenden Gebäudes wurde noch nicht/am
endgültig abgeschlossen. (Der Entwurf eines Vertrages ist möglichst beizufügen.)3.54 Der Vertrag über den Erwerb eines gewerblichen Unternehmens oder einer Praxis bzw. der Vertrag über den Ein-
tritt in ein bestehendes Unternehmen oder eine Praxis wurde noch nicht/am endgültig abge-
schlossen. (Der Entwurf eines Vertrages ist möglichst beizufügen.)

3.55 Geplanter Baubeginn:

3.56 Geplante Inbetriebnahme bzw. Eröffnung der freiberuflichen Praxis:

3.6 Für die unter Nr. 3.4 angegebene Finanzierung des Vorhabens wurden folgende Finanzierungshilfen beantragt
bzw. sollen beantragt werden:

3.61 Finanzierungshilfen aus dem Immissionsschutzförderungsprogramm in Höhe von DM

3.62 Investitionszulage in Höhe von DM

3.63 Kredit aus ERP-Mitteln in Höhe von DM

3.64 Sonstige DM

3.7 Wird für die Besicherung von Krediten zur Finanzierung des Vorhabens die Bürgschaft einer Kreditgarantiege-
meinschaft oder eine Landesbürgschaft benötigt? ja/nein

ggf. Höhe der zu verbürgenden Kredite DM

ggf. Name der KGG:

3.8 Wird eine Beteiligungsgarantie der Beteiligungsgarantiegemeinschaft für Nordrhein-Westfalen GmbH, Düssel-
dorf, Fürstenwall 180, im Zusammenhang mit der Finanzierung des Vorhabens benötigt? ja/nein

ggf. Höhe der zu garantierenden Beteiligung DM

4 Auskünfte

Für etwaige Auskünfte oder Rücksprachen steht zur Verfügung

Herr/Frau

5 Anerkenntnis

Die Richtlinien vom 10. 9. 1976 erkenne(n) ich/wir an.

Ich/Wir bestätige(n) die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorstehenden Angaben.

Mir/Uns ist bekannt, daß die in diesem Antrag unter Nrn. 1.21, 3.31, 3.41, 3.51–3.53 und in dem zu erbringenden Ver-
wendungsnachweis anzugebenden Tatsachen subventionserheblich im Sinne von § 264 StGB in Verbindung mit
§ 1 Landessubventionengesetz vom 24. März 1977 (GV. NW. S. 136/SGV. NW. 74) sind.Mir/Uns ist ferner bekannt, daß ich/wir gemäß § 3 des Subventionengesetzes vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2037) ver-
pflichtet bin/sind, die beabsichtigte Aufgabe bzw. Stilllegung, Veräußerung, Vermietung oder Verpachtung des ge-
förderten Betriebes bzw. der freiberuflichen Praxis oder von Teilen desselben/derselben sowie jede wesentliche
Verschlechterung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage des Unternehmens als subventionserhebliche Tatsa-
chen meiner/unserer Hausbank mitzuteilen, die sie an die zuständige Stelle weitergeben wird.

(Refinanzierungsantrag der Hausbank)

An die
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
– Abt. 64 –
Düsseldorf/Münster

Kredite im Rahmen des Mittelstandskreditprogramms nach Nr. 2 der Richtlinien vom 10. 9. 1976

Antragsteller:

Wir beantragen die Bereitstellung von Refinanzierungsmitteln in Höhe von

DM

aus dem Mittelstandskreditprogramm für einen von uns an obigen Antragsteller herauszulegenden Kredit in entsprechender Höhe und erklären uns bereit, die Hausbankfunktion unter Anerkenntnis der Richtlinien und Übernahme der vollen Haftung gegenüber der Westdeutschen Landesbank Girozentrale zu übernehmen.

Den Antrag nebst Anlagen fügen wir bei.

Je eine Ausfertigung des Antrages haben wir an die zuständige Handwerkskammer/Industrie- und Handelskammer/Fachkammer (bei freiberuflich Tätigen) gesandt.

Wir bestätigen unter Beachtung der banküblichen Sorgfaltspflicht, daß uns keine Tatsachen bekannt sind, die den Angaben des Antragstellers entgegenstehen.

Zum Antrag nehmen wir wie folgt Stellung:

Ort, Datum

Unterschrift der Hausbank

(Refinanzierungsantrag des Zentralinstituts)

An die
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
– Abt. 64 –
Düsseldorf/Münster

Kredite im Rahmen des Mittelstandskreditprogramms nach Nr. 2 der Richtlinien vom 10. 9. 1976

Antragsteller:

Wir beantragen die Bereitstellung von Refinanzierungsmitteln in Höhe von

DM

aus dem Mittelstandskreditprogramm für einen unter unserer Einschaltung von der

(Hausbank) an obigen Antragsteller herauszulegenden Kredit in entsprechender Höhe und erklären uns bereit, unter Anerkenntnis der Richtlinien die volle Haftung gegenüber der Westdeutschen Landesbank Girozentrale zu übernehmen.

Den Antrag nebst Anlagen fügen wir bei.

Je eine Ausfertigung des Antrages hat die Hausbank an die zuständige Handwerkskammer/Industrie- und Handelskammer/Fachkammer (bei freiberuflich Tätigen) gesandt.

Die Hausbank hat uns unter Beachtung der banküblichen Sorgfaltspflicht bestätigt, daß ihr keine Tatsachen bekannt sind, die den Angaben des Antragstellers entgegenstehen.

Die Stellungnahme der Hausbank zu dem Antrag ist beigelegt.

Wir erklären, den zu refinanzierenden Kredit unter Beachtung der Richtlinien und der Allgemeinen Bestimmungen über die Hausbank an den Antragsteller auszuleihen und zu verwalten.

Antragsvordruck
für Kredite gemäß Nr. 3 der Richtlinien (leistungssteigernde Investitionen)

An
(Hausbank)

1 Antragsteller

1.1 Name oder Firma des Antragstellers mit vollständiger Anschrift:

Fernruf (mit Vorwahl-Nr.):

1.2 Rechtsform des Unternehmens:

1.3 Firmeninhaber oder Gesellschafter

Name, Vorname
u. Wohnsitz

Alter

Rechtsstellung
in der Firma

Höhe der Beteiligung
und seit wann

1.4 Geschäftsleitung

Name

Alter

Rechtsstellung
in der Firma

Tätigkeitsbereich

1.5 Wirtschaftszweig/Gegenstand des Unternehmens:

1.6 Standort des Betriebes

Gemeinde:

Kreis oder kreisfreie Stadt:

Regierungsbezirk:

1.7 Filialbetrieb(e) in:

1.8 Zuständige Industrie- und Handelskammer/Handwerkskammer in:

1.9 Wirtschaftliche Verhältnisse

Die beiden letzten Bilanzen und G + V-Rechnungen sind beizufügen.

1.91 Bilanzbild

Aktiva (TDM)	19__	19__	Passiva (TDM)	19__	19__
Sachanlagen			Eigenkap. u. ähnl.		
Finanzanlagen			langfr. Verbindl.		
Vorräte			kurzfr. Verbindl.		
Kundenf.					
flüssige Mittel					
Sonstige			Sonstige		
Bilanzsumme					

1.92 Erfolgslage

19____	19____
(TDM)	(TDM)

Umsätze

Waren- und Materialeinsatz

Abschreibungen auf Gebäude

Abschreibungen auf Maschinen u. Einrichtungen

Jahresgewinn vor Steuern vom Einkommen

Entnahmen

1.93 Auftragsbestand DM _____

1.94 Anzahl der Beschäftigten

Arbeiter:

Angestellte:

2 Antrag

Es wird ein zinsgünstiger Kredit nach Nr. 3 der vorgenannten Richtlinien beantragt in Höhe von DM

3 Vorhaben

3.1 Standort des Vorhabens

Gemeinde:

Kreis:

Regierungsbezirk:

3.2 Es handelt sich um

– Zutreffendes bitte ankreuzen –

3.21 die Beschränkung der Produktions- und Leistungsskala im Hinblick auf eine Spezialisierung
(Nr. 3.11 der Richtlinien)☐3.22 die Nutzung noch nicht ausreichend erprobter neuer technologischer Erkenntnisse
(Nr. 3.12 der Richtlinien)☐3.23 die Umstellung und/oder Anpassung der Produktions- oder Leistungsskala im Hinblick auf wesentliche
sektorale Strukturänderungen
(Nr. 3.13 der Richtlinien)☐3.24 die Umstellung eines Unternehmens, das Einzelhandel betreibt, auf eine moderne Art des Verkaufs
(Nr. 3.14 der Richtlinien)☐3.25 die Kooperation
(Nr. 3.15 der Richtlinien)☐3.26 den Zusammenschluß kleiner oder mittlerer gewerblicher Unternehmen
(Nr. 3.16 der Richtlinien)☐

3.3 Erläuterungen zum Vorhaben

3.31 Ausführungen zu dem Förderungszweck:
(Nrn. 3.11 bis 3.16 der Richtlinien)

3.32 Stellungnahme zu nachstehenden Fragen:

3.321 Aus welchem Grunde sind bei gleichzeitigen Erweiterungsmaßnahmen in den Fällen der Nrn. 3.21 bis 3.24 die damit verbundenen Investitionen erforderlich, um den Förderungszweck zu erreichen (Nr. 3.3 der Richtlinien)?

- 3.322 Sind die kartellrechtlichen Bestimmungen in den Fällen der Nrn. 3.25 und 3.26 beachtet (Nr. 3.4 der Richtlinien)?
- 3.323 Ist in den Fällen der Nrn. 3.21, 3.22, 3.24, 3.25 und 3.26 eine wesentliche Leistungssteigerung des Betriebes zu erwarten (Nr. 3.51 der Richtlinien)?
- 3.324 Ist in den Fällen der Nr. 3.23 damit zu rechnen, daß sich der Betrieb nach der Umstellung am Markt behaupten wird (Nr. 3.52 der Richtlinien)?
- 3.325 Ist mit dem Vorhaben gleichzeitig eine Verlagerung verbunden?

3.4 Kosten und Finanzierung

3.41 Kosten- und Finanzierungsplan

	TDM		TDM
(ohne Vorsteuerbeträge gem. § 15 des Umsatzsteuergesetzes, soweit sie von der Umsatzsteuer abgesetzt werden können)		Eigenmittel	
Grundstücke*)		zinsgünstiger Kredit	
Gebäude*)		Kredite	
Einrichtungen		– (langfristig)	
Maschinen u. a.		– (mittelfristig)	
		– (kurzfristig)	
		Sonstige Mittel	
		(Lieferantenkredit etc.)	
Summe			

*) davon entfallen auf nichtbetriebliche Zwecke

Grundstücke DM

Gebäude DM

(Bitte Berechnung über die Aufteilung zwischen Gewerbe- und Wohnteil beifügen. Falls die Aufteilung nicht nach cbm umbauten Raumes bzw. qm Nutzfläche für Gewerbe- und Wohnteil erfolgt, ist dies entsprechend zu begründen.)

- 3.42 Bei Erweiterungsvorhaben
bisherige Nutzfläche: künftige Nutzfläche:
- 3.43 Ergibt sich bei der Durchführung des Vorhabens ein wesentlicher Betriebsmittelbedarf? (ggf. in welcher Höhe, wie aufzubringen)
- 3.5 Zeitliche Verwirklichung des Vorhabens
- 3.51 Mit dem Bau wurde noch nicht/am begonnen.
- 3.52 Aufträge auf Lieferung beweglicher Wirtschaftsgüter wurden noch nicht/am erteilt.
- 3.521 Lieferwert erteilter Aufträge DM
- 3.53 Der Vertrag über den Erwerb des gewerblich zu nutzenden Gebäudes wurde noch nicht/am endgültig abgeschlossen.
- 3.54 Geplanter Baubeginn:
- 3.55 Etwaige Ausbaustufen:
- 3.56 Geplante Inbetriebnahme:
- 3.6 Für die unter Nr. 3.4 angegebene Finanzierung des Vorhabens wurden folgende Finanzierungshilfen beantragt bzw. sollen beantragt werden:
- 3.61 Finanzierungshilfen aus dem Immissionsschutzförderungsprogramm DM
- 3.62 Investitionszulage in Höhe von DM

- 3.63 Kredit aus ERP-Mitteln in Höhe von DM
- 3.64 Sonstige DM
- 3.7 Wird für die Besicherung von Krediten zur Finanzierung des Vorhabens die Bürgschaft einer Kreditgarantiegemeinschaft oder eine Landesbürgschaft benötigt? ja/nein
ggf. Höhe der zu verbürgenden Kredite DM
ggf. Name der KGG:
- 3.8 Wird eine Beteiligungsgarantie der Beteiligungsgarantiegemeinschaft für Nordrhein-Westfalen GmbH, Düsseldorf, Fürstenwall 180, im Zusammenhang mit der Finanzierung des Vorhabens benötigt? ja/nein
ggf. Höhe der zu garantierenden Beteiligung DM

4 Standortfragen

- 4.1 Liegt eine bestandskräftige Baugenehmigung vor? ja/nein
- 4.2 Liegt ein bestandskräftiger Genehmigungsbescheid nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz vor? ja/nein
- 4.3 Wie soll die betriebliche Wasserversorgung sichergestellt werden?
- 4.4 Wie sollen die Abwässer beseitigt werden?
- 4.5 Beigefügt sind in einfacher Ausfertigung für den Regierungspräsidenten
- 4.51 Übersichtsplan im Maßstab 1:25000, in dem die Lage durch ein farbiges Kreuz dargestellt bzw. die Fläche farbig angelegt ist,
- 4.52 Flurkarte oder Deutsche Grundkarte, auf der die fragliche Fläche farbig umrandet ist.
- 4.6 Werden keine baulichen Maßnahmen durchgeführt, sind die folgenden Fragen zu beantworten:
- 4.61 Wurde das Vorhaben dem Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt zur Kenntnis gebracht? ja/nein
- 4.62 Bestehen Bedenken aus Immissionsschutzgründen? ja/nein

5 Auskünfte

Für etwaige Auskünfte oder Rücksprachen steht zur Verfügung
Herr/Frau

6 Anerkenntnis

Die Richtlinien vom 10. 9. 1976 erkenne(n) ich/wir an.

Ich/Wir bestätige(n) die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorstehenden Angaben.

Mir/Uns ist bekannt, daß die in diesem Antrag unter Nrn. 1.91, 1.92, 3.31, 3.41, 3.42, 3.51–3.53 und in dem zu erbringenden Verwendungsnachweis anzugebenden Tatsachen subventionserheblich im Sinne von § 264 StGB in Verbindung mit § 1 Landessubventionsgesetz vom 24. März 1977 (GV. NW. S. 136/SGV. NW. 74) sind.

Mir/Uns ist ferner bekannt, daß ich/wir gemäß § 3 des Subventionsgesetzes vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2037) verpflichtet bin/sind, die beabsichtigte Aufgabe bzw. Stillegung, Veräußerung, Vermietung oder Verpachtung des geförderten Betriebes oder von Teilen desselben sowie jede wesentliche Verschlechterung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage des Unternehmens als subventionserhebliche Tatsachen meiner/unserer Hausbank mitzuteilen, die sie an die zuständige Stelle weitergeben wird.

(Refinanzierungsantrag der Hausbank)

An die
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
- Abt. 64 -
Düsseldorf/Münster

Kredite im Rahmen des Mittelstandskreditprogramms nach Nr. 3 der Richtlinien vom 10. 9. 1976

Antragsteller:

Wir beantragen die Bereitstellung von Refinanzierungsmitteln in Höhe von
DM

aus dem Mittelstandskreditprogramm für einen von uns an obigen Antragsteller herauszulegenden Kredit in entsprechender Höhe und erklären uns bereit, die Hausbankfunktion unter Anerkenntnis der Richtlinien und Übernahme der vollen Haftung gegenüber der Westdeutschen Landesbank Girozentrale zu übernehmen.

Den Antrag nebst Anlagen fügen wir bei.

Je eine Ausfertigung des Antrages haben wir an die zuständige Handwerkskammer/Industrie- und Handelskammer gesandt.

Wir bestätigen unter Beachtung der banküblichen Sorgfaltspflicht, daß uns keine Tatsachen bekannt sind, die den Angaben des Antragstellers entgegenstehen.

Zum Antrag nehmen wir wie folgt Stellung:

Ort, Datum

Unterschrift der Hausbank

(Refinanzierungsantrag des Zentralinstituts)

An die
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
– Abt. 64 –
Düsseldorf/Münster

Kredite im Rahmen des Mittelstandskreditprogramms nach Nr. 3 der Richtlinien vom 10. 9. 1976

Antragsteller:

Wir beantragen die Bereitstellung von Refinanzierungsmitteln in Höhe von
DM
aus dem Mittelstandskreditprogramm für einen unter unserer Einschaltung von der

(Hausbank) an obigen Antragsteller herauszulegenden Kredit in entsprechender Höhe und erklären uns bereit, unter Anerkenntnis der Richtlinien die volle Haftung gegenüber der Westdeutschen Landesbank Girozentrale zu übernehmen.

Den Antrag nebst Anlagen fügen wir bei.

Je eine Ausfertigung des Antrages hat die Hausbank an die zuständige Handwerkskammer/Industrie- und Handelskammer gesandt.

Die Hausbank hat uns unter Beachtung der banküblichen Sorgfaltspflicht bestätigt, daß ihr keine Tatsachen bekannt sind, die den Angaben des Antragstellers entgegenstehen.

Die Stellungnahme der Hausbank zu dem Antrag ist beigelegt.

Wir erklären, den zu refinanzierenden Kredit unter Beachtung der Richtlinien und der Allgemeinen Bestimmungen über die Hausbank an den Antragsteller auszuleihen und zu verwalten.

Ort, Datum

Unterschrift des Zentralinstituts

Anlage 6

zu den Richtlinien für das Mittelstandskreditprogramm
des Landes Nordrhein-Westfalen

Antragsvordruck

für Kredite gemäß Nr. 4 der Richtlinien (Investitionen in wirtschafts- und strukturschwachen Gebieten)

An
(Hausbank)

1 Antragsteller

1.1 Name oder Firma des Antragstellers mit vollständiger Anschrift:

Fernruf (mit Vorwahl-Nr.):

1.2 Rechtsform des Unternehmens:

1.3 Firmeninhaber oder Gesellschafter

Name, Vorname u. Wohnsitz	Alter	Rechtsstellung in der Firma	Höhe der Beteiligung und seit wann
------------------------------	-------	--------------------------------	---------------------------------------

1.4 Geschäftsleitung

Name	Alter	Rechtsstellung in der Firma	Tätigkeitsbereich
------	-------	--------------------------------	-------------------

1.5 Wirtschaftszweig/Gegenstand des Unternehmens:

1.6 Standort des Betriebes

Gemeinde:

Kreis oder kreisfreie Stadt:

Regierungsbezirk:

1.7 Filialbetrieb(e) in:

1.8 Zuständige Industrie- und Handelskammer/Handwerkskammer in:

1.9 Wirtschaftliche Verhältnisse

Die beiden letzten Bilanzen und G + V-Rechnungen sind beizufügen.

1.91 Bilanzbild

Aktiva (TDM)	19____	19____	Passiva (TDM)	19____	19____
Sachanlagen			Eigenkap. u. ähnl.		
Finanzanlagen			langfr. Verbindl.		
Vorräte			kurzfr. Verbindl.		
Kundenf.					
flüssige Mittel					
Sonstige			Sonstige		
Bilanzsumme					

1.92 Erfolgslage

19____	19____
(TDM)	(TDM)

Umsätze
 Waren- und Materialeinsatz
 Abschreibungen auf Gebäude
 Abschreibungen auf Maschinen u. Einrichtungen
 Jahresgewinn vor Steuern vom Einkommen
 Entnahmen

1.93 Auftragsbestand DM _____

1.94 Anzahl der Beschäftigten

Arbeiter:

Angestellte:

2 Antrag

Es wird ein zinsgünstiger Kredit nach Nr. 4 der vorgenannten Richtlinien beantragt in Höhe von DM

3 Vorhaben

3.1 Standort des Vorhabens

Gemeinde:

Kreis:

Regierungsbezirk:

3.2 Es handelt sich um

– Zutreffendes bitte ankreuzen –

3.21 die Errichtung eines Betriebes in einem Entwicklungsschwerpunkt
(Nr. 4.41 der Richtlinien)☐3.22 die Erweiterung eines bestehenden Betriebes in einem Fördergebiet
(Nr. 4.42 der Richtlinien)☐3.23 die Erweiterung im Zusammenhang mit der Verlagerung eines Betriebes innerhalb der Gemeinde
eines Fördergebietes
(Nr. 4.431 der Richtlinien)☐3.24 die Erweiterung im Zusammenhang mit der Verlagerung eines Betriebes in einen Entwicklungsschwerpunkt
(Nr. 4.432 der Richtlinien)☐3.25 den Erwerb eines bereits stillgelegten oder von einer Stilllegung bedrohten Betriebes in einem Entwicklungs-
schwerpunkt
(Nr. 4.44 der Richtlinien)☐3.26 die Errichtung eines Betriebes in einer Gemeinde mit zentralörtlicher Bedeutung nach dem Gebietsstand vom
31. 12. 1971
(Nr. 4.45 der Richtlinien)☐3.27 die Erweiterung im Zusammenhang mit der Verlagerung eines Betriebes in eine Gemeinde mit zentralörtlicher
Bedeutung nach dem Gebietsstand vom 31. 12. 1971
(Nr. 4.45 der Richtlinien)☐3.28 den Erwerb eines bereits stillgelegten oder von einer Stilllegung bedrohten Betriebes in einer Gemeinde mit
zentralörtlicher Bedeutung nach dem Gebietsstand vom 31. 12. 1971
(Nr. 4.45 der Richtlinien)☐

3.3 Erläuterung zum Vorhaben

3.31 Ausführungen zu dem Förderungszweck (Nrn. 4.41 bis 4.45 der Richtlinien; bei Nr. 4.45 eingehende Begründung
des Ausnahmecharakters):

3.32 Liegt eine überörtliche Bedeutung des Betriebes vor
(Nr. 4.2 der Richtlinien)?

3.4 Kosten und Finanzierung

3.41 Kosten- und Finanzierungsplan

	TDM		TDM
(ohne Vorsteuerbeträge gem. § 15 des Umsatzsteuergesetzes, soweit sie von der Umsatzsteuer abgesetzt werden können)		Eigenmittel	
Grundstücke*)		zinsgünstiger Kredit	
Gebäude*)		Kredite	
Einrichtungen		– (langfristig)	
Maschinen u. a.		– (mittelfristig)	
		– (kurzfristig)	
		Sonstige Mittel (Lieferantenkredit etc.)	
Summe			

*) davon entfallen auf nichtbetriebliche Zwecke

Grundstücke DM

Gebäude DM

(Bitte Berechnung über die Aufteilung zwischen Gewerbe- und Wohnteil beifügen. Falls die Aufteilung nicht nach
cbm umbauten Raumes bzw. qm Nutzfläche für Gewerbe- und Wohnteil erfolgt, ist dies entsprechend zu begrün-
den.)

3.42 Wenn es sich um eine Erweiterung im Zusammenhang mit einer Betriebsverlagerung handelt: Wie soll das bishe-
rige Betriebsgrundstück genutzt werden (Verkauf, Verpachtung, eigene Nutzung)?

Zu erwartender Verkaufserlös/jährlicher Pächterlös

DM

Art der eigenen Nutzung:

3.43 Bei Erweiterungsvorhaben
bisherige Nutzfläche:

künftige Nutzfläche:

3.44 Ergibt sich bei der Durchführung des Vorhabens ein wesentlicher Betriebsmittelbedarf? (ggf. in welcher Höhe, wie
aufzubringen)

3.5 Zeitliche Verwirklichung des Vorhabens

3.51 Mit dem Bau wurde noch nicht/am begonnen.

3.52 Aufträge auf Lieferung beweglicher Wirtschaftsgüter wurden noch nicht/
am erteilt.

3.521 Lieferwert erteilter Aufträge

DM

3.53 Der Vertrag über den Erwerb des gewerblich zu nutzenden Gebäudes wurde noch nicht/am
endgültig abgeschlossen.

3.54 Geplanter Baubeginn:

3.55 Etwaige Ausbaustufen:

3.56 Geplante Inbetriebnahme:

3.6 Für die unter Nr. 3.4 angegebene Finanzierung des Vorhabens wurden folgende Finanzierungshilfen beantragt
bzw. sollen beantragt werden:

3.61 Finanzierungshilfen aus dem Immissionsschutzförderungsprogramm in Höhe von DM

3.62 Investitionszulage in Höhe von DM

3.63 Kredit aus ERP-Mitteln in Höhe von DM

3.64 Sonstiges DM

3.7 Wird für die Besicherung von Krediten zur Finanzierung des Vorhabens die Bürgschaft einer Kreditgarantiege-
meinschaft oder eine Landesbürgschaft benötigt? ja/nein

ggf. Höhe der zu verbürgenden Kredite

DM

ggf. Name der KGG:

- 3.8 Wird eine Beteiligungsgarantie der Beteiligungsgarantiegemeinschaft für Nordrhein-Westfalen GmbH, Düsseldorf, Fürstenwall 180, im Zusammenhang mit der Finanzierung des Vorhabens benötigt? ja/nein
ggf. Höhe der zu garantierenden Beteiligung DM

4 Standortfragen

- 4.1 Liegt eine bestandskräftige Baugenehmigung vor? ja/nein
4.2 Liegt ein bestandskräftiger Genehmigungsbescheid nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz vor? ja/nein
4.3 Wie soll die betriebliche Wasserversorgung sichergestellt werden?
4.4 Wie sollen die Abwässer beseitigt werden?
4.5 Beigefügt sind in einfacher Ausfertigung für den Regierungspräsidenten
4.51 Übersichtsplan im Maßstab 1:25 000, in dem die Lage durch ein farbiges Kreuz dargestellt bzw. die Fläche farbig angelegt ist,
4.52 Flurkarte oder Deutsche Grundkarte, auf der die fragliche Fläche farbig umrandet ist.
4.6 Werden keine baulichen Maßnahmen durchgeführt, sind die folgenden Fragen zu beantworten:
4.61 Wurde das Vorhaben dem Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt zur Kenntnis gebracht? ja/nein
4.62 Bestehen Bedenken aus Immissionsschutzgründen? ja/nein

5 Auskünfte

Für etwaige Auskünfte oder Rücksprachen steht zur Verfügung
Herr/Frau

6 Anerkenntnis

Die Richtlinien vom 10. 9. 1976 erkenne(n) ich/wir an.

Ich/Wir bestätige(n) die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorstehenden Angaben.

Mir/Uns ist bekannt, daß die in diesem Antrag unter Nrn. 1.6, 1.7, 1.91, 1.92, 3.1, 3.31, 3.41–3.43, 3.51–3.53 und in dem zu erbringenden Verwendungsnachweis anzugebenden Tatsachen subventionserheblich im Sinne von § 264 StGB in Verbindung mit § 1 Landessubventionengesetz vom 24. März 1977 (GV. NW. S. 136/SGV. NW. 74) sind.

Mir/Uns ist ferner bekannt, daß ich/wir gemäß § 3 des Subventionsgesetzes vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2037) verpflichtet bin/sind, die beabsichtigte Aufgabe bzw. Stillegung, Veräußerung, Vermietung oder Verpachtung des geförderten Betriebes oder von Teilen desselben sowie jede wesentliche Verschlechterung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage des Unternehmens als subventionserhebliche Tatsachen meiner/unserer Hausbank mitzuteilen, die sie an die zuständige Stelle weitergeben wird.

(Refinanzierungsantrag der Hausbank)

An die
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
– Abt. 64 –
Düsseldorf/Münster

Kredite im Rahmen des Mittelstandskreditprogramms nach Nr. 4 der Richtlinien vom 10. 9. 1976

Antragsteller:

Wir beantragen die Bereitstellung von Refinanzierungsmitteln in Höhe von
DM

aus dem Mittelstandskreditprogramm für einen von uns an obigen Antragsteller herauszulegenden Kredit in entsprechender Höhe und erklären uns bereit, die Hausbankfunktion unter Anerkenntnis der Richtlinien und Übernahme der vollen Haftung gegenüber der Westdeutschen Landesbank Girozentrale zu übernehmen.

Den Antrag nebst Anlagen fügen wir bei.

Je eine Ausfertigung des Antrages haben wir an die zuständige Handwerkskammer/Industrie- und Handelskammer und an die/den für das Vorhaben zuständige(n) kreisfreie Stadt/Kreis gesandt.

Wir bestätigen unter Beachtung der banküblichen Sorgfaltspflicht, daß uns keine Tatsachen bekannt sind, die den Angaben des Antragstellers entgegenstehen.

Zum Antrag nehmen wir wie folgt Stellung:

Ort, Datum

Unterschrift der Hausbank

(Refinanzierungsantrag des Zentralinstituts)

An die
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
– Abt. 64 –
Düsseldorf/Münster

Kredite im Rahmen des Mittelstandskreditprogramms nach Nr. 4 der Richtlinien vom 10. 9. 1976

Antragsteller:

Wir beantragen die Bereitstellung von Refinanzierungsmitteln in Höhe von
DM

aus dem Mittelstandskreditprogramm für einen unter unserer Einschaltung von der

(Hausbank) an obigen Antragsteller herauszulegenden Kredit in entsprechender Höhe und erklären uns bereit, unter Anerkenntnis der Richtlinien die volle Haftung gegenüber der Westdeutschen Landesbank Girozentrale zu übernehmen.

Den Antrag nebst Anlagen fügen wir bei.

Je eine Ausfertigung des Antrages hat die Hausbank an die zuständige Handwerkskammer/Industrie- und Handelskammer und an die/den für das Vorhaben zuständige(n) kreisfreie Stadt/Kreis gesandt.

Die Hausbank hat uns unter Beachtung der banküblichen Sorgfaltspflicht bestätigt, daß ihr keine Tatsachen bekannt sind, die den Angaben des Antragstellers entgegenstehen.

Die Stellungnahme der Hausbank zu dem Antrag ist beigelegt.

Wir erklären, den zu refinanzierenden Kredit unter Beachtung der Richtlinien und der Allgemeinen Bestimmungen über die Hausbank an den Antragsteller auszuleihen und zu verwalten.

Ort, Datum

Unterschrift des Zentralinstituts

Antragsvordruck

für Kredite gemäß Nr. 5 der Richtlinien (Investitionen in neuen Wohnsiedlungen etc.)

An
(Hausbank)**1 Antragsteller****1.1** Name oder Firma des Antragstellers mit vollständiger Anschrift:

Fernruf (mit Vorwahl-Nr.):

1.2 Rechtsform des Unternehmens:**1.3** Firmeninhaber oder GesellschafterName, Vorname
u. Wohnsitz

Alter

Rechtsstellung
in der FirmaHöhe der Beteiligung
und seit wann**1.4** Geschäftsleitung

Name

Alter

Rechtsstellung
in der Firma

Tätigkeitsbereich

1.5 Wirtschaftszweig/Gegenstand des Unternehmens:**1.6** Standort des Betriebes

Gemeinde:

Kreis oder kreisfreie Stadt:

Regierungsbezirk:

1.7 Filialbetrieb(e) in:**1.8** Zuständige Industrie- und Handelskammer/Handwerkskammer/Fachkammer (bei freiberuflich Tätigen) in:**1.9** Wirtschaftliche Verhältnisse

Die beiden letzten Bilanzen und G + V-Rechnungen sind beizufügen.

1.91 Bilanzbild

Aktiva (TDM)	19____	19____	Passiva (TDM)	19____	19____
Sachanlagen			Eigenkap. u. ähnl.		
Finanzanlagen			langfr. Verbindl.		
Vorräte			kurzfr. Verbindl.		
Kundenf.					
flüssige Mittel					
Sonstige			Sonstige		
Bilanzsumme					

1.92 Erfolgslage

19____	19____
(TDM)	(TDM)

Umsätze
 Waren- und Materialeinsatz
 Abschreibungen auf Gebäude
 Abschreibungen auf Maschinen u. Einrichtungen
 Jahresgewinn vor Steuern vom Einkommen
 Entnahmen

1.93 Auftragsbestand DM _____

1.94 Anzahl der Beschäftigten

Arbeiter:

Angestellte:

2 Antrag

Es wird ein zinsgünstiger Kredit nach Nr. 5 der vorgenannten Richtlinien beantragt in Höhe von DM

3 Vorhaben

3.1 Standort des Vorhabens

Gemeinde:

Kreis:

Regierungsbezirk:

3.2 Es handelt sich um
 – Zutreffendes bitte ankreuzen –

3.21 die Errichtung/Einrichtung eines kleinen oder mittleren gewerblichen Betriebes oder einer freiberuflichen Praxis

3.211 in einer neuen Wohnsiedlung
(Nr. 5.11 der Richtlinien)☐3.212 in einem neugeordneten Stadtteil
(Nr. 5.11 der Richtlinien)☐3.213 in einem städtebaulichen Entwicklungsbereich
(Nr. 5.121 der Richtlinien)☐3.214 in einem förmlich festgelegten Sanierungsgebiet
(Nr. 5.122 der Richtlinien)☐

3.22 die Verlagerung eines kleinen oder mittleren gewerblichen Betriebes oder einer freiberuflichen Praxis

3.221 aus einem städtebaulichen Entwicklungsbereich
(Nr. 5.131 der Richtlinien)☐3.222 aus einem förmlich festgelegten Sanierungsgebiet
(Nr. 5.132 der Richtlinien)☐

3.3 Erläuterungen zum Vorhaben

3.31 Ausführungen zu dem Förderungszweck:
(Nrn. 5.11 bis 5.13 der Richtlinien)

3.32 im Falle der Nrn. 3.211 und 3.212:

3.321 Handelt es sich um eine städtebauliche Maßnahme
(Nr. 5.11 der Richtlinien)?

- 3.322 Dient der zu errichtende Betrieb oder die Praxis vornehmlich der ortsnahen Versorgung der Bewohner der neuen Wohnsiedlung oder des neugeordneten Stadtteils mit Erzeugnissen oder Leistungen und wird damit eine ausreichende Existenzgrundlage gefunden (Nr. 5.11 der Richtlinien)?
- 3.33 im Falle der Nr. 3.214:
- 3.331 War das gewerbliche Unternehmen oder die freiberufliche Praxis schon im Zeitpunkt der förmlichen Festlegung in dem Sanierungsgebiet ansässig (Nr. 5.124 der Richtlinien)?
- 3.332 (nur zu beantworten bei Verneinung von Nr. 3.331)
Dient der zu errichtende Betrieb oder die Praxis vornehmlich der ortsnahen Versorgung der Bewohner des Sanierungsgebietes mit Erzeugnissen oder Leistungen und wird damit eine ausreichende Existenzgrundlage gefunden (Nr. 5.123 der Richtlinien)?
- 3.34 im Falle der Nr. 3.221:
- 3.341 Müssen die Verlagerungsinvestitionen aus Anlaß oder mit Rücksicht auf eine mit Landesmitteln geförderte Entwicklungsmaßnahme durchgeführt werden (Nr. 5.133 der Richtlinien)?
- 3.35 im Falle der Nr. 3.222:
- 3.351 Müssen die Verlagerungsinvestitionen aus Anlaß oder mit Rücksicht auf eine mit Landesmitteln geförderte Sanierungsmaßnahme durchgeführt werden (Nr. 5.133 der Richtlinien)?
- 3.352 War das gewerbliche Unternehmen oder die freiberufliche Praxis schon im Zeitpunkt der förmlichen Festlegung in dem Sanierungsgebiet ansässig (Nr. 5.134 der Richtlinien)?
- 3.36 Dem Förderungsantrag ist eine Stellungnahme der Gemeinde gemäß Nr. 5.4 der Richtlinien beigelegt.

3.4 Kosten und Finanzierung

3.41 Kosten- und Finanzierungsplan

	TDM		TDM
(ohne Vorsteuerbeträge gem. § 15 des Umsatzsteuergesetzes, soweit sie von der Umsatzsteuer abgesetzt werden können)		Eigenmittel	
Grundstücke*)		zinsgünstiger Kredit	
Gebäude*)		Kredit	
Mietvorauszahlung für Jahre		– (langfristig)	
Einrichtungen		– (mittelfristig)	
Maschinen u. a.		– (kurzfristig)	
neues Warenlager		Sonstige Mittel	
		(Lieferantenkredit etc.)	
Summe			

*) davon entfallen auf nicht betriebliche Zwecke

Grundstücke	DM
Gebäude	DM

(Bitte Berechnung über die Aufteilung zwischen Gewerbe- und Wohnteil beifügen. Falls die Aufteilung nicht nach cbm umbauten Raumes bzw. qm Nutzfläche für Gewerbe- und Wohnteil erfolgt, ist dies entsprechend zu begründen.)

- 3.42 Ergibt sich bei der Durchführung des Vorhabens ein wesentlicher Betriebsmittelbedarf? (ggf. in welcher Höhe, wie aufzubringen)

3.5 Zeitliche Verwirklichung des Vorhabens

3.51 Mit dem Bau wurde noch nicht/am begonnen.

3.52 Aufträge auf Lieferung beweglicher Wirtschaftsgüter wurden noch nicht/am erteilt.

3.521 Lieferwert erteilter Aufträge DM

3.53 Der Vertrag über den Erwerb des gewerblich/freiberuflich zu nutzenden Gebäudes wurde noch nicht/am endgültig abgeschlossen.

3.54 Geplanter Baubeginn:

3.55 Geplante Inbetriebnahme bzw. Eröffnung der freiberuflichen Praxis:

3.6 Für die unter Nr. 3.4 angegebene Finanzierung des Vorhabens wurden folgende Finanzierungshilfen beantragt bzw. sollen beantragt werden:

3.61 Finanzierungshilfen aus dem Immissionsschutzförderungsprogramm in Höhe von DM

3.62 Investitionszulage in Höhe von DM

3.63 Kredit aus ERP-Mitteln in Höhe von DM

3.64 Sonstige DM

3.7 Wird für die Besicherung von Krediten zur Finanzierung des Vorhabens die Bürgschaft einer Kreditgarantiegemeinschaft oder eine Landesbürgschaft benötigt? ja/nein

ggf. Höhe der zu verbürgenden Kredite DM

ggf. Name der KGG:

3.8 Wird eine Beteiligungsgarantie der Beteiligungsgarantiegemeinschaft für Nordrhein-Westfalen GmbH, Düsseldorf, Fürstenwall 180, im Zusammenhang mit der Finanzierung des Vorhabens benötigt? ja/nein

ggf. Höhe der zu garantierenden Beteiligung DM

4 Auskünfte

Für etwaige Auskünfte oder Rücksprachen steht zur Verfügung

Herr/Frau

5 Anerkenntnis

Die Richtlinien vom 10. 9. 1976 erkenne(n) ich/wir an.

Ich/Wir bestätige(n) die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorstehenden Angaben.

Mir/Uns ist bekannt, daß die in diesem Antrag unter Nrn. 1.6, 1.7, 1.91, 1.92, 3.1, 3.31, 3.41, 3.51–3.53 und in dem zu erbringenden Verwendungsnachweis anzugebenden Tatsachen subventionserheblich im Sinne von § 264 StGB in Verbindung mit § 1 Landessubventionsgesetz vom 24. März 1977 (GV. NW. S. 136/SGV. NW. 74) sind.

Mir/Uns ist ferner bekannt, daß ich/wir gemäß § 3 des Subventionsgesetzes vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2037) verpflichtet bin/sind, die beabsichtigte Aufgabe bzw. Stillegung, Veräußerung, Vermietung oder Verpachtung des geförderten Betriebes bzw. der freiberuflichen Praxis oder von Teilen desselben/derselben sowie jede wesentliche Verschlechterung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage des Unternehmens als subventionserhebliche Tatsachen meiner/unserer Hausbank mitzuteilen, die sie an die zuständige Stelle weitergeben wird.

Ort, Datum

Unterschrift des Antragstellers

(Refinanzierungsantrag der Hausbank)

An die
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
– Abt. 64 –
Düsseldorf/Münster

Kredite im Rahmen des Mittelstandskreditprogramms nach Nr. 5 der Richtlinien vom 10. 9. 1976

Antragsteller:

Wir beantragen die Bereitstellung von Refinanzierungsmitteln in Höhe von
DM

aus dem Mittelstandskreditprogramm für einen von uns an obigen Antragsteller herauszulegenden Kredit in entsprechender Höhe und erklären uns bereit, die Hausbankfunktion unter Anerkenntnis der Richtlinien und Übernahme der vollen Haftung gegenüber der Westdeutschen Landesbank Girozentrale zu übernehmen.

Den Antrag nebst Anlagen fügen wir bei.

Je eine Ausfertigung des Antrages haben wir an die zuständige Handwerkskammer/Industrie- und Handelskammer/Fachkammer (bei freiberuflich Tätigen) gesandt.

Wir bestätigen unter Beachtung der banküblichen Sorgfaltspflicht, daß uns keine Tatsachen bekannt sind, die den Angaben des Antragstellers entgegenstehen.

Zum Antrag nehmen wir wie folgt Stellung:

Ort, Datum

Unterschrift der Hausbank

(Refinanzierungsantrag des Zentralinstituts)

An die
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
– Abt. 64 –
Düsseldorf/Münster

Kredite im Rahmen des Mittelstandskreditprogramms nach Nr. 5 der Richtlinien vom 10. 9. 1976

Antragsteller:

Wir beantragen die Bereitstellung von Refinanzierungsmitteln in Höhe von
DM
aus dem Mittelstandskreditprogramm für einen unter unserer Einschaltung von der

(Hausbank) an obigen Antragsteller herauszulegenden Kredit in entsprechender Höhe und erklären uns bereit, unter Anerkenntnis der Richtlinien die volle Haftung gegenüber der Westdeutschen Landesbank Girozentrale zu übernehmen.

Den Antrag nebst Anlagen fügen wir bei.

Je eine Ausfertigung des Antrages hat die Hausbank an die zuständige Handwerkskammer/Industrie- und Handelskammer/Fachkammer (bei freiberuflich Tätigen) gesandt.

Die Hausbank hat uns unter Beachtung der banküblichen Sorgfaltspflicht bestätigt, daß ihr keine Tatsachen bekannt sind, die den Angaben des Antragstellers entgegenstehen.

Die Stellungnahme der Hausbank zu dem Antrag ist beigelegt.

Wir erklären, den zu refinanzierenden Kredit unter Beachtung der Richtlinien und der Allgemeinen Bestimmungen über die Hausbank an den Antragsteller auszuleihen und zu verwalten.

Ort, Datum

Unterschrift des Zentralinstituts

Antragsvordruck
für Kredite gemäß Nr. 6 der Richtlinien (Verlagerung von Unternehmen)

An
(Hausbank)

1 Antragsteller

1.1 Name oder Firma des Antragstellers mit vollständiger Anschrift:

Fernruf (mit Vorwahl-Nr.):

1.2 Rechtsform des Unternehmens:

1.3 Firmeninhaber oder Gesellschafter

Name, Vorname u. Wohnsitz	Alter	Rechtsstellung in der Firma	Höhe der Beteiligung und seit wann
------------------------------	-------	--------------------------------	---------------------------------------

1.4 Geschäftsleitung

Name	Alter	Rechtsstellung in der Firma	Tätigkeitsbereich
------	-------	--------------------------------	-------------------

1.5 Wirtschaftszweig/Gegenstand des Unternehmens:

1.6 Standort des Betriebes

Gemeinde:

Kreis oder kreisfreie Stadt:

Regierungsbezirk:

1.7 Filialbetrieb(e) in:

1.8 Zuständige Industrie- und Handelskammer/Handwerkskammer in:

1.9 Wirtschaftliche Verhältnisse

Die beiden letzten Bilanzen und G + V-Rechnungen sind beizufügen.

1.91 Bilanzbild

Aktiva (TDM)	19____	19____	Passiva (TDM)	19____	19____
Sachanlagen			Eigenkap. u. ähnl.		
Finanzanlagen			langfr. Verbindl.		
Vorräte			kurzfr. Verbindl.		
Kundenf.					
flüssige Mittel					
Sonstige			Sonstige		
Bilanzsumme					

1.92 Erfolgslage

19____	19____
(TDM)	(TDM)

Umsätze

Waren- und Materialeinsatz

Abschreibungen auf Gebäude

Abschreibungen auf Maschinen u. Einrichtungen

Jahresgewinn vor Steuern vom Einkommen

Entnahmen

1.93 Auftragsbestand DM _____

1.94 Anzahl der Beschäftigten

Arbeiter:

Angestellte:

2 Antrag

Es wird ein zinsgünstiger Kredit nach Nr. 6 der vorgenannten Richtlinien beantragt in Höhe von DM

3 Vorhaben

3.1 Standort des Vorhabens

Gemeinde:

Kreis:

Regierungsbezirk:

3.2 Es handelt sich um

– Zutreffendes bitte ankreuzen –

3.21 die Verlagerung eines Betriebes zur Beseitigung von Entwicklungshemmnissen
(Nr. 6.11 der Richtlinien)☐3.22 die Verlagerung eines Betriebes zur Verbesserung der Umweltbedingungen
(Nr. 6.12 der Richtlinien)☐

3.3 Erläuterungen zum Vorhaben

3.31 Ausführungen zu dem Förderzweck

3.311 Stellungnahme zu Nrn. 6.11 und 6.12 der Richtlinien:

3.312 Stellungnahme zu Nr. 6.2 der Richtlinien:

Durch das Vorhaben werden Arbeitsplätze gesichert,
 Arbeitsplätze neu geschaffen.

3.32 Betriebsverlagerung mit gleichzeitiger Erweiterung

3.321 bisherige Nutzfläche:

künftige Nutzfläche:

3.322 Erfolgt die Betriebsverlagerung nicht in ein wirtschafts- und strukturschwaches Gebiet (Anlagen 1 und 2 der Richtlinien), so ist zu erläutern, ob die Erweiterung im Rahmen der Bedingungen des neuen Standorts unvermeidlich ist.

3.4 Kosten und Finanzierung

3.41 Kosten- und Finanzierungsplan

	TDM	TDM
(ohne Vorsteuerbeträge gem. § 15 des Umsatzsteuergesetzes, soweit sie von der Umsatzsteuer abgesetzt werden können)		Eigenmittel
Grundstücke*)		zinsgünstiger Kredit
Gebäude*)		Kredite
Einrichtungen		– (langfristig)
Maschinen u. a.		– (mittelfristig)
Mietvorauszahlung für Jahre		– (kurzfristig)
Umzug (Demontage, Transport u. Remontage)		Sonstige Mittel (Lieferantenkredit etc.)
Summe		

*) davon entfallen auf nichtbetriebliche Zwecke

Grundstücke DM

Gebäude DM

(Bitte Berechnung über die Aufteilung zwischen Gewerbe- und Wohnteil beifügen. Falls die Aufteilung nicht nach cbm umbauten Raumes bzw. qm Nutzfläche für Gewerbe- und Wohnteil erfolgt, ist dies entsprechend zu begründen.)

3.42 Voraussichtlich erzielbare Nettoerlöse aus

– Veräußerung des bisherigen Betriebsgrundstückes DM

– Veräußerung des bisherigen Betriebes DM

3.43 Voraussichtliche Entschädigung für die Verlagerung nach

Bundesbaugesetz DM

Städtebauförderungsgesetz DM

anderen öffentlich-rechtlichen Vorschriften DM

3.44 Ergibt sich bei der Durchführung des Vorhabens ein wesentlicher Betriebsmittelbedarf? (ggf. in welcher Höhe, wie aufzubringen)

3.5 Zeitliche Verwirklichung des Vorhabens

3.51 Mit dem Bau wurde noch nicht/am begonnen.

3.52 Aufträge auf Lieferung beweglicher Wirtschaftsgüter wurden noch nicht/am erteilt.

3.521 Lieferwert erteilter Aufträge DM

3.53 Der Vertrag über den Erwerb des gewerblich zu nutzenden Gebäudes wurde noch nicht/am endgültig abgeschlossen.

3.54 Geplanter Baubeginn:

3.55 Etwaige Ausbaustufen:

3.56 Geplante Inbetriebnahme:

3.6 Für die unter Nr. 3.4 angegebene Finanzierung des Vorhabens wurden folgende Finanzierungshilfen beantragt bzw. sollen beantragt werden:

3.61 Finanzierungshilfen aus dem Immissionsschutzförderungsprogramm in Höhe von DM

3.62 Investitionszulage in Höhe von DM

3.63 Kredit aus ERP-Mitteln in Höhe von DM

3.64 Sonstige DM

3.7 Wird für die Besicherung von Krediten zur Finanzierung des Vorhabens die Bürgschaft einer Kreditgarantiegemeinschaft oder eine Landesbürgschaft benötigt? ja/nein

ggf. Höhe der zu verbürgenden Kredite DM

ggf. Name der KGG:

- 3.8 Wird eine Beteiligungsgarantie der Beteiligungsgarantiegemeinschaft für Nordrhein-Westfalen GmbH, Düsseldorf, Fürstenwall 180, im Zusammenhang mit der Finanzierung des Vorhabens benötigt? ja/nein
ggf. Höhe der zu garantierenden Beteiligung DM

4 Standortfragen

- 4.1 Liegt eine bestandskräftige Baugenehmigung vor? ja/nein
4.2 Liegt ein bestandskräftiger Genehmigungsbescheid nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz vor? ja/nein
4.3 Wie soll die betriebliche Wasserversorgung sichergestellt werden?
4.4 Wie sollen die Abwässer beseitigt werden?
4.5 Beigefügt sind in einfacher Ausfertigung für den Regierungspräsidenten
4.51 Übersichtsplan im Maßstab 1:25 000, in dem die Lage durch ein farbiges Kreuz dargestellt bzw. die Fläche farbig angelegt ist,
4.52 Flurkarte oder Deutsche Grundkarte, auf der die fragliche Fläche farbig umrandet ist.
4.6 Werden keine baulichen Maßnahmen durchgeführt, sind die folgenden Fragen zu beantworten:
4.61 Wurde das Vorhaben dem Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt zur Kenntnis gebracht? ja/nein
4.62 Bestehen Bedenken aus Immissionsschutzgründen? ja/nein

5 Auskünfte

Für etwaige Auskünfte oder Rücksprachen steht zur Verfügung

Herr/Frau

6 Anerkenntnis

Die Richtlinien vom 10. 9. 1976 erkenne(n) ich/wir an.

Ich/Wir bestätige(n) die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorstehenden Angaben.

Mir/Uns ist bekannt, daß die in diesem Antrag unter Nrn. 1.6, 1.91, 1.92, 3.1, 3.311, 3.321, 3.41–3.43, 3.51–3.53, 3.61 und in dem zu erbringenden Verwendungsnachweis anzugebenden Tatsachen subventionserheblich im Sinne von § 264 StGB in Verbindung mit § 1 Landessubventionengesetz vom 24. März 1977 (GV. NW. S. 136/SGV. NW. 74) sind.

Mir/Uns ist ferner bekannt, daß ich/wir gemäß § 3 des Subventionsgesetzes vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2037) verpflichtet bin/sind, die beabsichtigte Aufgabe bzw. Stilllegung, Veräußerung, Vermietung oder Verpachtung des geförderten Betriebes oder von Teilen desselben sowie jede wesentliche Verschlechterung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage des Unternehmens als subventionserhebliche Tatsachen meiner/unserer Hausbank mitzuteilen, die sie an die zuständige Stelle weitergeben wird.

(Refinanzierungsantrag der Hausbank)

An die
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
– Abt. 64 –
Düsseldorf/Münster

Kredite im Rahmen des Mittelstandskreditprogramms nach Nr. 6 der Richtlinien vom 10. 9. 1976

Antragsteller:

Wir beantragen die Bereitstellung von Refinanzierungsmitteln in Höhe von
DM

aus dem Mittelstandskreditprogramm für einen von uns an obigen Antragsteller herauszulegenden Kredit in entsprechender Höhe und erklären uns bereit, die Hausbankfunktion unter Anerkenntnis der Richtlinien und Übernahme der vollen Haftung gegenüber der Westdeutschen Landesbank Girozentrale zu übernehmen.

Den Antrag nebst Anlagen fügen wir bei.

Je eine Ausfertigung des Antrages haben wir an die zuständige Handwerkskammer/Industrie- und Handelskammer und an die für das Vorhaben zuständige Gemeinde gesandt.

Wir bestätigen unter Beachtung der banküblichen Sorgfaltspflicht, daß uns keine Tatsachen bekannt sind, die den Angaben des Antragstellers entgegenstehen.

Zum Antrag nehmen wir wie folgt Stellung:

Ort, Datum

Unterschrift der Hausbank

(Refinanzierungsantrag des Zentralinstituts)

An die
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
– Abt. 64 –
Düsseldorf/Münster

Kredite im Rahmen des Mittelstandskreditprogramms nach Nr. 6 der Richtlinien vom 10. 9. 1976

Antragsteller:

Wir beantragen die Bereitstellung von Refinanzierungsmitteln in Höhe von

DM

aus dem Mittelstandskreditprogramm für einen unter unserer Einschaltung von der

(Hausbank) an obigen Antragsteller herauszulegenden Kredit in entsprechender Höhe und erklären uns bereit, unter Anerkenntnis der Richtlinien die volle Haftung gegenüber der Westdeutschen Landesbank Girozentrale zu übernehmen.

Den Antrag nebst Anlagen fügen wir bei.

Je eine Ausfertigung des Antrages hat die Hausbank an die zuständige Handwerkskammer/Industrie- und Handelskammer und an die für das Vorhaben zuständige Gemeinde gesandt.

Die Hausbank hat uns unter Beachtung der banküblichen Sorgfaltspflicht bestätigt, daß ihr keine Tatsachen bekannt sind, die den Angaben des Antragstellers entgegenstehen.

Die Stellungnahme der Hausbank zu dem Antrag ist beigelegt.

Wir erklären, den zu refinanzierenden Kredit unter Beachtung der Richtlinien und der Allgemeinen Bestimmungen über die Hausbank an den Antragsteller auszuleihen und zu verwalten.

Ort, Datum

Unterschrift des Zentralinstituts

Antragsvordruck
für Kredite gemäß Nr. 7 der Richtlinien (Existenzgefährdung)

An
(Hausbank)

1 Antragsteller

1.1 Name oder Firma des Antragstellers mit vollständiger Anschrift:

Fernruf (mit Vorwahl-Nr.):

1.2 Rechtsform des Unternehmens:

1.3 Firmeninhaber oder Gesellschafter

Name, Vorname u. Wohnsitz	Alter	Rechtsstellung in der Firma	Höhe der Beteiligung und seit wann
------------------------------	-------	--------------------------------	---------------------------------------

1.4 Geschäftsleitung

Name	Alter	Rechtsstellung in der Firma	Tätigkeitsbereich
------	-------	--------------------------------	-------------------

1.5 Wirtschaftszweig/Gegenstand des Unternehmens:

1.6 Standort des Betriebes

Gemeinde:

Kreis oder kreisfreie Stadt:

Regierungsbezirk:

1.7 Filialbetrieb(e) in:

1.8 Zuständige Industrie- und Handelskammer/Handwerkskammer in:

1.9 Wirtschaftliche Verhältnisse

Die beiden letzten Bilanzen und G + V-Rechnungen sind beizufügen.

1.91 Bilanzbild

Aktiva (TDM)	19__	19__	Passiva (TDM)	19__	19__
Sachanlagen			Eigenkap. u. ähnl.		
Finanzanlagen			langfr. Verbindl.		
Vorräte			kurzfr. Verbindl.		
Kundenf.					
flüssige Mittel					
Sonstige			Sonstige		
Bilanzsumme					

1.92 Erfolgslage

19____	19____
(TDM)	(TDM)

Umsätze

Waren- und Materialeinsatz

Abschreibungen auf Gebäude

Abschreibungen auf Maschinen u. Einrichtungen

Jahresgewinn vor Steuern vom Einkommen

Entnahmen

1.93 Auftragsbestand DM _____

1.94 Anzahl der Beschäftigten

Arbeiter:

Angestellte:

2 Antrag

Es wird ein zinsgünstiger Kredit nach Nr. 7 der vorgenannten Richtlinien beantragt in Höhe von DM

3 Vorhaben

3.1 Standort des Vorhabens

Gemeinde:

Kreis:

Regierungsbezirk:

3.2 Erläuterungen zum Vorhaben

3.21 Ausführungen zu dem Förderungszweck:
(Nrn. 7.11, 7.12 und 7.2 der Richtlinien)

3.22 Stellungnahme zu nachstehenden Fragen:

3.221 Erscheint der Kredit geeignet, den Bestand des Betriebes oder der freiberuflichen Praxis zu sichern (Nr. 7.31 der Richtlinien)?

3.222 Warum war es nicht möglich, den äußeren Einwirkungen im Rahmen eigener Möglichkeiten zu begegnen, ihre Folgen zu verhüten, sich gegen die Folgen solcher Einwirkungen zu versichern oder von anderer Seite Ersatz zu erlangen (Nr. 7.32 der Richtlinien)?

3.3 Kosten und Finanzierung

3.31 Kosten- und Finanzierungsplan

(ohne Vorsteuerbeträge gem. § 15 des Umsatzsteuergesetzes, soweit sie von der Umsatzsteuer abgesetzt werden können)	TDM	Eigenmittel zinsgünstiger Kredit Kredite – (langfristig) – (mittelfristig) – (kurzfristig) Sonstige Mittel (Lieferantenkredit etc.)	TDM
Grundstücke*)			
Gebäude*)			
Einrichtungen			
Maschinen u. a.			
Summe			

*) davon entfallen auf nichtbetriebliche Zwecke

Grundstücke DM

Gebäude DM

(Dritte Berechnung über die Aufteilung zwischen Gewerbe- und Wohnteil beifügen. Falls die Aufteilung nicht nach cbm umbauten Raumes bzw. qm Nutzfläche für Gewerbe- und Wohnteil erfolgt, ist dies entsprechend zu begründen.)

3.32 Ergibt sich bei der Durchführung des Vorhabens ein wesentlicher Betriebsmittelbedarf? (ggf. in welcher Höhe, wie aufzubringen)

3.4 Zeitliche Verwirklichung des Vorhabens

3.41 Mit dem Bau wurde noch nicht/am begonnen.

3.42 Aufträge auf Lieferung beweglicher Wirtschaftsgüter wurden noch nicht/am erteilt.

3.421 Lieferwert erteilter Aufträge DM

3.43 Der Vertrag über den Erwerb des gewerblich zu nutzenden Gebäudes wurde noch nicht/am endgültig abgeschlossen.

3.44 Geplanter Baubeginn:

3.45 Etwaige Ausbaustufen:

3.46 Geplante Inbetriebnahme:

3.5 Für die unter Nr. 3.3 angegebene Finanzierung des Vorhabens wurden folgende Finanzierungshilfen beantragt bzw. sollen beantragt werden:

3.51 Finanzierungshilfen aus dem Immissionsschutzförderungsprogramm DM

3.52 Investitionszulage in Höhe von DM

3.53 Kredit aus ERP-Mitteln in Höhe von DM

3.54 Sonstige DM

3.6 Wird für die Besicherung von Krediten zur Finanzierung des Vorhabens die Bürgschaft einer Kreditgarantiegemeinschaft oder eine Landesbürgschaft benötigt? ja/nein

ggf. Höhe der zu verbürgenden Kredite DM

ggf. Name der KGG:

3.7 Wird eine Beteiligungsgarantie der Beteiligungsgarantiegemeinschaft für Nordrhein-Westfalen GmbH, Düsseldorf, Fürstenwall 180, im Zusammenhang mit der Finanzierung des Vorhabens benötigt? ja/nein

ggf. Höhe der zu garantierenden Beteiligung DM

4 Standortfragen

- 4.1 Liegt eine bestandskräftige Baugenehmigung vor? ja/nein
- 4.2 Liegt ein bestandskräftiger Genehmigungsbescheid nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz vor? ja/nein
- 4.3 Wie soll die betriebliche Wasserversorgung sichergestellt werden?
- 4.4 Wie sollen die Abwässer beseitigt werden?
- 4.5 Beigefügt sind in einfacher Ausfertigung für den Regierungspräsidenten
- 4.51 Übersichtsplan im Maßstab 1:25 000, in dem die Lage durch ein farbiges Kreuz dargestellt bzw. die Fläche farbig angelegt ist,
- 4.52 Flurkarte oder Deutsche Grundkarte, auf der die fragliche Fläche farbig umrandet ist.
- 4.6 Werden keine baulichen Maßnahmen durchgeführt, sind die folgenden Fragen zu beantworten:
- 4.61 Wurde das Vorhaben dem Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt zur Kenntnis gebracht? ja/nein
- 4.62 Bestehen Bedenken aus Immissionsschutzgründen? ja/nein

5 Auskünfte

Für etwaige Auskünfte oder Rücksprachen steht zur Verfügung

Herr/Frau

6 Anerkenntnis

Die Richtlinien vom 10. 9. 1976 erkenne(n) ich/wir an.

Ich/Wir bestätige(n) die Richtigkeit und Vollständigkeit oder vorstehenden Angaben.

Mir/Uns ist bekannt, daß die in diesem Antrag unter Nrn. 1.91, 1.92, 3.21, 3.31, 3.41 – 3.43 und in dem zu erbringenden Verwendungsnachweis anzugebenden Tatsachen subventionserheblich im Sinne von § 264 StGB in Verbindung mit § 1 Landessubventionengesetz vom 24. März 1977 (GV. NW. S. 136/SGV. NW. 74) sind.

Mir/Uns ist ferner bekannt, daß ich/wir gemäß § 3 des Subventionsgesetzes vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2037) verpflichtet bin/sind, die beabsichtigte Aufgabe bzw. Stillegung, Veräußerung, Vermietung oder Verpachtung des geförderten Betriebes bzw. der freiberuflichen Praxis oder von Teilen desselben/derselben sowie jede wesentliche Verschlechterung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage des Unternehmens als subventionserhebliche Tatsachen meiner/unserer Hausbank mitzuteilen, die sie an die zuständige Stelle weitergeben wird.

(Refinanzierungsantrag der Hausbank)

An die
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
– Abt. 64 –
Düsseldorf/Münster

Kredite im Rahmen des Mittelstandskreditprogramms nach Nr. 7 der Richtlinien vom 10. 9. 1976

Antragsteller:

Wir beantragen die Bereitstellung von Refinanzierungsmitteln in Höhe von

DM

aus dem Mittelstandskreditprogramm für einen von uns an obigen Antragsteller herauszulegenden Kredit in entsprechender Höhe und erklären uns bereit, die Hausbankfunktion unter Anerkenntnis der Richtlinien und Übernahme der vollen Haftung gegenüber der Westdeutschen Landesbank Girozentrale zu übernehmen.

Den Antrag nebst Anlagen fügen wir bei.

Je eine Ausfertigung des Antrages haben wir an die zuständige Handwerkskammer/Industrie- und Handelskammer/Fachkammer (bei freiberuflich Tätigen) gesandt.

Wir bestätigen unter Beachtung der banküblichen Sorgfaltspflicht, daß uns keine Tatsachen bekannt sind, die den Angaben des Antragstellers entgegenstehen.

Zum Antrag nehmen wir wie folgt Stellung:

Ort, Datum

Unterschrift der Hausbank

(Refinanzierungsantrag des Zentralinstituts)

An die
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
– Abt. 64 –
Düsseldorf/Münster

Kredite im Rahmen des Mittelstandskreditprogramms nach Nr. 7 der Richtlinien vom 10. 9. 1976

Antragsteller:

Wir beantragen die Bereitstellung von Refinanzierungsmitteln in Höhe von

DM

aus dem Mittelstandskreditprogramm für einen unter unserer Einschaltung von der

(Hausbank) an obigen Antragsteller herauszulegenden Kredit in entsprechender Höhe und erklären uns bereit, unter Anerkenntnis der Richtlinien die volle Haftung gegenüber der Westdeutschen Landesbank Girozentrale zu übernehmen.

Den Antrag nebst Anlagen fügen wir bei.

Je eine Ausfertigung des Antrages hat die Hausbank an die zuständige Handwerkskammer/Industrie- und Handelskammer/Fachkammer (bei freiberuflich Tätigen) gesandt.

Die Hausbank hat uns unter Beachtung der banküblichen Sorgfaltspflicht bestätigt, daß ihr keine Tatsachen bekannt sind, die den Angaben des Antragstellers entgegenstehen.

Die Stellungnahme der Hausbank zu dem Antrag ist beigelegt.

Wir erklären, den zu refinanzierenden Kredit unter Beachtung der Richtlinien und der Allgemeinen Bestimmungen über die Hausbank an den Antragsteller auszuleihen und zu verwalten.

Ort, Datum

Unterschrift des Zentralinstituts

Einzelpreis dieser Nummer 10,- DM

Einzellieferungen nur durch den August Bagel Verlag, Grafenberger Allee 100, 4000 Düsseldorf, Tel. 88 88 293/94, gegen Voreinsendung des vorgenannten Betrages zuzügl. 0,50 DM Versandkosten auf das Postscheckkonto Köln 85 16-507. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.) Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer bei dem August Bagel Verlag, Grafenberger Allee 100, 4000 Düsseldorf, vorzunehmen, um späteren Liefer-schwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Elisabethstraße 5. Verlag und Vertrieb: August Bagel Verlag, Düsseldorf; Druck: A. Bagel, Graphischer Großbetrieb, Düsseldorf. Bezug der Ausgabe A (zweiseitiger Druck) und B (einseitiger Druck) durch die Post. Ministerialblätter, in denen nur ein Sachgebiet behandelt wird, werden auch in der Ausgabe B zweiseitig bedruckt geliefert. Bezugspreis vierteljährlich Ausgabe A 29,50 DM, Ausgabe B 31,- DM.
Die genannten Preise enthalten 6% Mehrwertsteuer.